

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

41 (26.1.1932) Morgenausgabe

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Dienstag, den 26. Januar 1932.

Eigentum und Verlagsort von
: : Herbig & Ziebarth : :
Verantwortlich: Dr. G. Bittner
Dr. A. Maner: für badische Nachrichten
L. B. Dr. C. Schenck: für kommunalpolitisch
R. K. Böhmer: für das Volkstum
R. Köhler: für Doer und Konzert
Christ. Dertle: für den Handel
Preisgeld: für die Anzeigen: Ludwig
Reindl: alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: Dr. Kurt Metzger.
Fornsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße
Nr. 80 a. — Postscheckkonto: Karlsruhe
Nr. 8359. — Beilagen: Volk und
Heimat / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- und Führer-Zeitung / Landwirtschaft-
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Bezugspreis: Drei Mark monatlich, 2.90 M
im voraus, im Voraus oder in 3. Quartalen
abgeholt 2.50 M. Durch die Post be-
zogen monatlich 3.20 M. Zusatzen
Einzelpreise: Bestands-Nummer 10 Pf.
Sonntags-Nummer und Feiertags-
nummer 15 Pf. — Am 1. Juli höherer
Preis. — Einzel-Ausgaben um
bei der Bestellung keine Anmerkungen bei
Veränderungen oder Änderungen der
Zeitung. — Abbestellen können nur
jeweils bis zum 25. März auf den
Monat. Ferner angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Anzeigenstelle
2.50 M. Stellen-Gesuche, Kamfien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Nekrologie Seite
2. — An erster Stelle 2.50 M.
Bei Wiederholung fortgesetzter Anzeigen
bei der Abrechnung des Preises bei
geringerer Preterhebung und bei Kon-
sultation anker Kraft mit Geschäftsführer
ort und Verlagsort in Karlsruhe.

Lavals neuer Schachzug:

Der Umweg über Genf.

Frankreich will mit der Abriistung Geschäfte machen.

m. Berlin, 25. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) Es ist bezeichnend für die Art, wie sich der Völker-
bund durch sein dauerndes Verlangen völlig an die Peripherie der
Politik heranannähert, daß der Beginn der Ratsitzung eigent-
lich unter Ausschluß des öffentlichen Interesses stattfindet, und daß
auch die Großstaaten vorläufig nur die zweite Garnitur als Be-
treter nach Genf geschickt haben. In das helle Scheinwerferlicht dieser
Klamme, die noch durch den chinesisch-japanischen Konflikt ver-
schärft wird, traut sich augenblicklich niemand recht hinein, der noch einen
politischen Namen zu verlieren hat. Der Völkerbund hat als Or-
ganisation ziemlich abgewirtschaftet, wenn es ihm nicht bald ge-
lingt, seine verhandelte Autorität wiederherzustellen.

Dazu könnte unter Umständen, wenigstens rein theoretisch, die
Abriistungskonferenz eine Möglichkeit geben. Hier werden
wohl auch die Regierungschefs selbst in der zweiten Februarwoche
zur Stelle sein, und von hier aus wird vermutlich noch einmal der
Versuch gemacht werden, die von Frankreich zerfallene Repara-
tionskonferenz zustande zu bringen. Nach allen amtlichen
und privaten Meldungen soll in Paris der grundsätzliche Wider-
spruch gegen diese Konferenz geringer geworden sein, zumal da der
schärfste Einwand, daß die ganze Ausprägung erst einen Sinn hätte,
wenn die Bankiers sich einig wären, durch den inzwischen erfolgten
Stichtag abgesehen in Berlin widerlegt ist.

Macdonald wird also, wenn er in den nächsten Tagen Laval
trifft, vermutlich — in der Form wenigstens — ein gewisses Ent-
gegenkommen finden und die Forderung mitnehmen, daß Mitte
Februar die Unterhaltung zunächst in Genf beginnen soll, wobei
freilich der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß
die französische Taktik auf einen solchen Hinweis von vornherein
eingestellt war. Denn Frankreich hat jetzt ein zeitliches Zu-
sammentreffen zwischen der Reparation und der
Abriistung erreicht, kann also mit größter Aussicht auf Erfolg
versuchen, diese beiden Trümmer gegeneinander auszuspielen, um
entweder Zugeständnisse von Deutschland zu erpressen oder auf dem
Umwege über die Abriistung doch noch eine Einheitsfront
gegen Deutschland herzustellen. Sollte dies wirklich Lavals
Rechnung sein, so würde er dabei vielleicht doch die Widerstands-
kraft der deutschen Regierung unterschätzen, die durch den einfachen

Latzbestand der Zahlungsfähigkeit an ihrer Unnachgiebigkeit fest-
halten muß und sich auch weiterhin, ebenso wie die Amerikaner,
gegen die Verkopplung der beiden Probleme
wehren wird.

Die Begegnung Macdonald-Laval

H. London, 25. Jan. (Eigener Drahtbericht der Badischen Presse.)
Die Verhandlungen über die geplante Zusammenkunft Macdo-
nalds und Lavals hat England mit großem Nachdruck be-
trieben, so daß nunmehr diese Begegnung sicher zu sein scheint. Eine
französische Hafenstadt, Calais oder Boulogne, wird als Ort ge-
nannt, als Zeitpunkt der Freitag oder Samstag dieser Woche.

Anlässlich der Verlängerung des Stichtagsabkommens und der
bevorstehenden Begegnung der beiden Premierminister stellt die
„Times“ in einem bejauhmenden Leitartikel noch einmal den engli-
schen Standpunkt mit aller Schärfe heraus. Hieraus ist wichtig fest-
zustellen, daß England auf seinen ursprünglichen Plan zurückgekom-
men ist, nämlich den Plan einer kurzen Zwischenlösung,
verbunden mit der „einstimmigen Verpflichtung aller Mächte, noch
vor dem Beginn des kommenden Winter die endgültige
Lösung des Tributproblems in Kraft zu setzen. Bei dieser Endlösung
geht es nicht ohne „keine deutsche Zahlungen“. Die „Times“
fordert für die spätere Verpflichtung Deutschlands auf eine solche
Summe, daß kein Zweifel an der Fähigkeit Deutschlands bestehen
kann, sie zu zahlen.

England zahlt Kredite zurück.

L. London, 25. Jan. Wie die Bank von England mitteilt,
hat sie die Absicht, den gesamten Restbetrag des im August vorigen
Jahres ausgenommenen französisch-amerikanischen Rediskonkredits
in Höhe von dreißig Millionen Pfund Sterling (zirka 600 Millionen
Reichsmark) zum Fälligkeitsstermin am 1. Februar zurückzu-
zahlen. Die Zurückzahlung werde ohne jede weitere Anspannung
nahme der Goldreserven der Bank möglich sein. Die Bank erhält
damit ihre volle Bewegungsfreiheit zurück. Zweifellos wird sich diese
Tatsache auch politisch weitgehend auswirken.

Völkerbundsrat tagt wieder.

Ein Hilferuf Chinas auf der Eröffnungssitzung.

* Genf, 25. Jan. (Funkpruch.) Die Tagung des Völkerbunds-
rates wurde am heutigen Montag unter dem Vorsitz Paul-Bon-
courts mit einer geheimen Sitzung eröffnet. Sie begann mit einem
Bericht des chinesischen Vertreters Yen, der verlangte, daß im Hin-
blick auf die inzwischen erfolgte Befreiung Schanghai durch
japanische Truppen der Völkerbundsrat unverzüglich das Verfahren
über den japanisch-chinesischen Streitfall von neuem eröffne. Der
japanische Vertreter erklärte, noch nicht in der Lage zu sein, zu den
einzelnen Punkten der chinesischen Beschwerde Stellung nehmen zu
können. Der Völkerbundsrat beschloß — entgegen den bereits getrof-
fenen Anordnungen — am Montag eine Sitzung ausschließlich zur
Behandlung des japanisch-chinesischen Konflikts ein-
zuführen.

Der polnische Außenminister Jaleski beantragte, sobald, die
auf Antrag der deutschen Regierung auf der Tagesordnung stehende
Agendarbeit der deutschen Minderheit in Polen auf die Mon-
tagtagung des Rates zu verschieben. Der deutsche Vertreter, von
Weizsäcker, widersetzte sich dem mit allem Nachdruck. Es wurde
beschlossen, daß der Berichterstatter für die Minderheitenfrage, der
japanische Botschafter Sato, mit den beiden beteiligten Abordnun-
gen persönlich Sitzung über die Beschwerde aufnehmen solle.

Anschließend trat der Völkerbundsrat zu einer öffentlichen
Sitzung zusammen, an der die Außenminister Spaniens, Polens
und Südlawiens teilnahmen. Sie begannen mit einer großen
Kundgebung für Briand. Sämtliche vierzehn Ratsmächte
brachten ihr Bedauern über sein Fernbleiben zum Ausdruck. Die
Kundgebung wurde durch Lord Cecil eröffnet, der die Verdienste
Briands um den Völkerbund und das Friedenswerk stark hervorhob.
Der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsäcker, schloß sich den
Wünschen auf baldige Wiederherstellung der Gesundheit Briands
an. Im Namen der französischen Regierung dankte Paul-Boncour
für die Sympathieerklärungen und betonte, daß Briand nach wie vor
händiger Delegierter Frankreichs im Völkerbundsrat sei.

Der Rat beschloß, sobald, die Abriistungskonferenz
eine Zusammenstellung des gegenwärtigen Standes der zivilen
Luftfahrt der einzelnen Länder sowie der bestehenden internatio-
nalen Abkommen über die zivile Luftfahrt zu übermitteln. Dann
beschloß der Völkerbundsrat, den bereits vor längerer Zeit einge-
leiteten Ausschuss für die Angleichung des Völkerbundsabkommens an den
Kellogg-Pakt von neuem zusammenzutreten zu lassen. Der Ausschuss soll
während der Dauer der Abriistungskonferenz tagen.

Scharfer chinesisch-japanischer Zusammenstoß.

In der Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates, in der der
japanisch-chinesische Streitfall behandelt wurde, kam es zu einem
scharfen Zusammenstoß zwischen den Vertretern beider
Länder. Der chinesische Gesandte Yen verlas eine scharfe Erklärung,
in der u. a. feststellend wird, daß japanische Truppen nach einem
wohlbekanntem und brutal ausgeführten Plan die gesamte
Mandschurei besetzt hätten. Japan habe das dem Völkerbund ge-

gebene Versprechen, seine Truppen so schnell wie möglich zurück-
zuziehen, nicht gehalten. Der Völkerbund dürfe sich nicht mehr auf
Vergleichsversuche beschränken. Die Anrufung anderer Artikel des
Völkerbundsabkommens werde von Tag zu Tag dringender. Es handele
sich jetzt um eine Krise des gesamten Verfahrens des
Völkerbundes zur friedlichen Regelung internationaler
Streitigkeiten.

Der japanische Botschafter Sato leugnete die Befreiung der
gesamten Mandschurei durch japanische Truppen. Das japanische
Volk sei einstimmig entschlossen, seine Rechte, von denen das Be-
stehen Japans abhängt, zu wahren.

Völkerbundspalast wird nicht weitergebaut.

Der Kontrollausschuss des Völkerbundes hat im Hinblick auf die
allgemeine Wirtschaftskrise beschlossen, den Bau des neuen Völker-
bundspalastes vorläufig nicht weiterzuführen. Lediglich die bereits
begonnenen Arbeiten für die Bibliothek und das Völkerbundssekre-
tariat sollen beendet werden.

Eine Saarabordnung in Genf.

Eine Saarabordnung unter Führung des Kommerzien-
rats Köhling ist hier eingetroffen, um mit den Mitgliedern des
Völkerbundsrates über die auf der gegenwärtigen Tagung zu tref-
fende Ernennung des Präsidenten und des Vizepräsidenten der
Saarregierung zu verhandeln. Es wird erwartet, daß zum Präsi-
denten der Saarregierung ein Engländer ernannt wird.

Bedenkliche Zuspitzung in Schanghai.

H. London, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht der Badischen Presse.)
Die Landung der Japaner in Schanghai hat eine
bedenkliche Lage geschaffen. Wenn die Japaner ihre
Drohung wahrnehmen, die chinesischen Teile von Schanghai zu be-
setzen, so wäre damit das Gebiet der internationalen Niederlassung
von dem chinesischen Hinterland abgeschnitten. Amerika und England
bemühen sich kräftig um eine Vermittlung an Ort und Stelle.

Die Antilische Chinesische Telegraphenagentur Gömyn teilt den
Rücktritt des chinesischen Ministerpräsidenten Sunfo
mit. Der chinesische Außenminister Tschang hat bereits am Son-
tagabend sein Rücktrittsgesuch eingereicht mit der Begründung, das
Kabinett habe seine Vorschläge über die Japan gegenüber ein-
zunehmende Haltung abgelehnt.

Nach dem Rücktritt Sunfos wird nunmehr die Frage der
Ernennung Tschangs als Ministerpräsidenten akut.

Russisch-polnischer Pakt unterzeichnet.

X. Moskau, 25. Januar. Im Konferenzsaal des Außenomi-
nisteriums der Sowjetunion wurde am Montag der russisch-
polnische Nichtangriffspakt durch Außenminister
Litwinow und den polnischen Gesandten Dr. Paetel paraphiert.

Nach der Rede Lavals.

Gläubigerfront gegen Deutschland?

Von unserem Pariser Vertreter

Georg Bittner.

Die augenblickliche Situation ist vollkommen klar, die Zukunft
ebenso dunkel. Laval hat in seiner Rede eine torrette Darstellung
der tatsächlichen Ereignisse und eine scharfe Umschreibung des fran-
zösischen Standpunktes gegeben. Er nimmt vielleicht selbst an, daß
dieser allein die Zukunft nicht bestimmen wird, und hat sich darum
auch auf die Besprechung von Zukunftsaussichten nicht eingelassen.

Zum erstenmal ist in dieser Rede Lavals — der zweiten, die
der Ministerpräsident seit der Umwandlung seines Kabinetts hielt —
von französischer Seite offiziell dargestellt worden, was Reichs-
kanzler Brüning nicht nur etwa dem englischen, sondern auch dem
französischen Botschafter mitgeteilt hat. Im Gegenzug zur fran-
zösischen Presse, die wochenlang von einem Vertragsbruch über
Deutschland sprach, und im Gegenzug zu zahlreichen Kammerdeputier-
ten, die Reden bis hart an den Rand der ausgesprochenen
Kriegsbekereien hielten, so daß nun schon seit Tagen in den Pariser
Straßen die wirren Mobilisierungs- und Kriegsgeschrei umlaufen
— im Gegensatz zu all dem hat sich Laval streng an die Tatsachen
gehalten und mit keinem Wort behauptet, Reichskanzler Brüning
habe irgendetwas gesagt, was den Vorwurf des Vertragsbruchs
rechtfertigt. Er betont darum auch selbst, daß der Reichskanzler ju-
ristisch den Youngplan nicht in Abrede stelle, sondern nur seiner
Ueberzeugung Ausdruck gebe, Deutschland werde die Zahlungen nicht
wieder aufnehmen können.

Zu glauben, daß heute ein französischer Ministerpräsident vor
dieser Kammer aus dieser Schilderung der Tatsachen auch die natür-
lichen Konsequenzen ziehen könnte, hieße nicht nur die Situation
verkennen, hieße die einfachste Wahlarithmetik des französischen Par-
lamentes übersehen. Die Kammer hat gegenwärtig ungefähr 610
Deputierte. 110 davon sind Sozialdemokraten, die sich zur Strei-
kung des geschützten, nicht aber nur zur Streikung des un-
geschützten Teiles der Anleihe bekennen. Im linksbürgerlichen Lager,
unter den Radikalen und in jenen kleinen Linksparteien, die rund
um Briands nunmehr verlassenen Sitz gelagert sind, gibt es viele-
leicht insgesamt fünf oder sechs Deputierte, die der Ueberzeugung
sind, und die sich auch zu sagen getrauen, daß das Gebieten der
zivilisierten Welt davon abhängt, daß mit der Gesamtheit
der internationalen Zahlungen Schluß gemacht
werde. Man kann von einem Minister, der Minister bleiben will,
nicht erwarten, daß er sich gegen die 99 Prozent auf die Seite des
einen Prozents schlagen werde, wobei auch nicht zu übersehen ist, daß
das Verhältnis im Senat zweifellos noch ungünstiger ist. Der fran-
zösische Ministerpräsident, der in Berlin freundlich aufgenommen
wurde und der dort die Versicherung seiner freundlichen Gesinnung
abgab, hat also sogar schon dadurch ein gewisses Maß von Courage
bewiesen, daß er die Tatsachen unverzerrt schilderte und daß er aus
diesen Tatsachen keine bössartigen Folgerungen zu ziehen ver-
suchte; wenigstens keine anderen als jene, die er schon am 26. November
verklündete, daß er nämlich über ein Moratorium nicht hinaus-
gehen wolle, auf der Zahlung der ungeschützten An-
nuitäten bestehe, und eine Verminderung der übrigen Zahlungen
nur in jenem Maße zugestehen wolle, als sie von Amerika auch
Frankreich bewilligt würde.

Als Laval diese Rede hielt, hatte er die zweite, dringlichere
Einladung Macdonalds zu einer gemeinsamen Besprechung
schon in der Tasche. Er wußte auch genau, was die Grundlage dieser
Besprechung sein wird. Er wußte es seit Monaten. Alle Leute, die
in Paris leben, mögen es nun französische Deputierte, Diplomaten
oder Journalisten irgendeines Landes der Erde sein, glauben es seit
Monaten: Es gibt keine tatsächliche Trennung zwischen England
und Frankreich der Reparationsfrage wegen. England betont
ebenso wie Italien seit Jahren seine Ueberzeugung, daß mit dem
ganzen Reparations- und internationalen Zahlungsinnen Schluß
gemacht werden müsse. Kein Mensch in Paris hat je daran geglaubt,
diese Reden würden, wenn es zur Entscheidung kommt, in irgend-
welche Taten umgesetzt werden. Die Botschaft, die eine Regierung
in ein anderes Land entsendet, spiegelt naturgemäß immer die
Meinung wider, die jene Regierung in dem betreffenden Lande zum
Ausdruck zu bringen wünscht. Lord Tyrrell, der englische Botschafter
in Paris, hat niemals ein Fehl daraus gemacht, ein beglückter und
überzeugter Anhänger des Prinzips engster englisch-
französischer Zusammenarbeit auf allen politischen Ge-
bieten zu sein. Nachdem diese Haltung Englands wieder einmal im
hellsten Tageslichte in die Erscheinung trat, wird in Deutschland
gerne von einem „Umfall Englands“ gesprochen. Keinem französischen
Diplomaten oder Minister gebührt der Ruhmestitel, England zur
Annahme eines französischen Willens oder zur Teilnahme an einer
französischen Aktion überredet zu haben. Englands Absicht ist — nach
der einstimmigen Auffassung in Paris — niemals in anderer Richtung
gegangen.

Unter diesen Umständen war es allerdings für Frankreich ein
leichtes, jene europäische Schuldnerfront, die mit der
Angriffsrichtung gegen die Vereinigten Staaten in Bildung be-
griffen war, zu einer geschlossenen Gläubigerfront gegenüber
Deutschland zu gestalten. Die Tatsache dieser Front ist gegeben,
sie wird sich nach der bevorstehenden französisch-englischen Zusammen-
kunft noch viel deutlicher zeigen, und es wird mit ihr bei allen kom-
menden Beratungen und Unternehmungen zu rechnen sein. Die Hal-
tung dieser uns gegenüberstehenden Front mag bis zum Sommer-
beginn, dem kommenden Verhandlungstermin, noch mancherlei Wan-
dlungen durchmachen. Es wäre müßig, wollte man sich über sie auf
Prophezeiungen einlassen. Nur des Kuriosums halber und um zu
charakterisieren, welche Kampfmittel schon heute zur Anwendung
kommen, sei erwähnt, daß Herr Leon Bailby, Herausgeber des „In-
transigeant“, Präsident des Syndikats der Pariser Presse und einer
der meistgelesenen Journalisten, kürzlich schrieb, daß ja Frankreich
für den Fall, daß Deutschland die Reparationszahlungen einstellen
sollte, als Pfand noch immer das Saargebiet in der Hand habe.

Zwischen Gutach und Billingen.

Zeitgeschehen von der Kinzig bis zur Saar.

In Gutach macht sich die Wirtschaftskrise allmählich bemerkbar. Die Zahl der durch die Wirtschaftskrise um ihren Verdienst gekommenen Arbeiter wird immer größer, sie wächst in dem Maße, wie die Betriebe der Umgegend ihre Arbeitskräfte vermindern. Die Landwirtschaft selbst, die hier noch zahlreich vertreten ist, ist kaum mehr in der Lage, Arbeitskräfte aufzunehmen, da es ihr auch nicht gut geht und ihre Einnahmequellen immer spärlicher fließen. Die kommende Neuorientierung im Milchwesen wird die Gutach- und Kinzigtalgemeinden nicht wesentlich berühren. Gutach ist eine Selbstverforgergemeinde, andere Ortschaften der Umgegend beliefern seit langem Hornberg; auch hier soll kein Wandel eintreten.

Hornberg, die stets so rührige und unternehmungstriebe Stadt, leidet schwer unter den wirtschaftlichen Gegenwartsnöten. Bei der Steingutfabrik kam dieser Tage ein größerer Teil der Belegschaft zur Entlassung, weil, wie mitgeteilt wurde, an dem neuen Tunnelofen wurden entlassen, 109 sind nunmehr noch beschäftigt. Viele fleißige Hände sind damit wieder zum Feiern verurteilt. Arbeiter, die von Jugend an in dem aufstrebenden Betrieb beschäftigt waren, sind nun arbeitslos geworden. Der Bericht der Winterhilfe sagt mehr, als alle Worte. 206 Familien und 68 Kleinrentner wurden unzureichend, Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, Brennmaterialien und Geldmittel kamen in reichem Maß zur Verteilung, nachdem wurde geholfen. Möge die kommende schwere Zeit auch auf diesem Gebiet wieder eine einige und opferwillige Bevölkerung finden, in der einer dem andern hilft, solange er kann. Der Holztrag der waldbreichen Stadtgemeinde ist angesichts der katastrophalen Holzpreise sehr zurückgegangen, unlängst wurde ein Posten Grubenholz ins Ruhrgebiet verkauft.

Talaufwärts liegt Niederwasser, gleichsam vor den Toren Hornbergs. Auch hier macht die Gegenwart kein freundlicheres Gesicht, als anderswo. Zahlreiche Neubauten sind zwar an der Triberger Straße entstanden, ein Zeichen, daß hier noch Bau- und Unternehmungslust besteht. Triberg, die Winterstadt, ist wieder in die Kategorie der „Schneeflecken der Jahreszeiten“ zurückgefallen, nachdem der winterliche Betrieb der „Schneeflecken“ zurückgefallen, nachdem der winterliche Betrieb in wenigen herrlichen Schneetagen einen ganz besonderen Umfang angenommen hatte. Das war ein Pilgern nach Tribergs und Schönwalds Höhen, wie man es in den besten Jahren nach dem Kratze nicht mehr erlebt hatte, und die Schwarzwaldwirte der Umgegend machten wenigstens einmal wieder ein zufriedenes Gesicht, das ihnen wahrlich niemand vergönnt hat. Auch in Triberg hört man von Geschäftstodungen und von Entlassungen. Viel zu tun hat immer noch die Triberger Elektrizitätsgesellschaft, die die weite Umgegend mit Strom versorgt und dazu mit billigen. Der Durchschnittspreis pro Kilowattstunde beträgt rund 30 Pfennige, Nachstrom gibt es sogar schon für 4 Pfennig. Preise, die der Zeit besser angepaßt sind, wie an manchen andern Orten. Im benachbarten Niederwasser soll sogar — auf Grund dieser billigen Preise — die Heizung der Kirche mit billigen Nachstrom erfolgen.

In Ruchbach sind die Feiertage auch ruhiger als in andern Jahren verlaufen, trotzdem hier die Arbeiten auf den Straßen, der Schwarzwaldbahn immer zu spüren sind. Immer noch hämmern und pochen in den Tunnels auf den Höhen am Ruchbach und Gremelsbach. Maurer und Zimmerleute und Miniere sind an der Arbeit, um zu verbessern und auszubessern, die Schwarzwaldbahn soll in allen Dingen wieder das Beste leisten und deshalb auch in einen tadellosen Zustand versetzt werden. Droben, auf der Sommerau, ist es in diesen Tagen wirklich schon sommerlich. Die Luft ist so warm über diese einjame Berghöhe wie im Mai und doch ist es noch Januar. St. Georgen kommt der Sommer immer näher, ein paar Jahre noch, dann reichen sich Stadt und Dorf die Hand.

Von St. Georgen läßt sich leicht noch ein kleiner Abstecher nach Hinterbilingen machen, dem entlegenen Teil des Amtsbezirks Bilingen. Da lohnt sich gegenwärtig ein Sonntagsausflug nach Sinsingen, wo zurzeit die großen Taubenmärkte, die von Mürttemberg und Baden gleichermaßen besucht werden, stattfinden. Drüben, bei Weiler, wurde unlängst das Bahrgelände der Gegend, eine riesig hohe Tanne, gefällt, die ihresgleichen in der Gegend sucht. In Fischbach, wo es auch viel Arbeitslose gibt, wird „gestront“, dort wird mit vereinten Kräften am Wegbau gearbeitet, um die Zeit, die man sonst feierten mühte, nutzbringend zu verwenden. Auch in Hinterbilingen ist die Notzeit zu verspüren, in dem entlegenen Ort gibt es Arbeitslose, die irgendwo in der Umgegend, sei es in Niederwasser, St. Georgen oder Bilingen in Arbeit standen.

Hinterbilingen, seine Dörfer als getreue Töchter der Altmutter Bilingen stand sonst um diese Zeit im Zeichen des Willinger Schlagwortes: Es geht bequeme — der Willinger Fastnacht entzogen. Und einem rechten Hinterbilinger war es um die Fastnachtsfeier nicht wohl, wenn er bei den Willingern nicht ein wenig zugeguckt oder mitgemacht hatte, wenn sie auf ihre Art Fastnacht feierten, wenn die Hantele sprangen und die Schellen erklangen. — In diesem Jahr sind sogar die Willinger jähm, sie wollen ihre Fastnacht beibehalten, in einfachem Rahmen, nur ein Narroumzug soll stattfinden, der bekanntlich ein traditionelles Stück Willinger Geschichte ist. Ob es bei diesem Narroumzug bleibt? Ob die alte Willinger Schalkheit doch nicht ein wenig über die Straßen schließt? Wer weiß es? Und was tut es schließlich? Wer die Willinger Art, Fastnacht zu feiern, kennt, weiß, daß es hier etwas Besonderes ist, daß Willinger Fastnacht mit

dem üblichen Maskenummel sehr wenig zu tun hat. Und man darf einem der alten Bilinger in diesen Tagen sein „Süss“ lüftet und wehmütig über die Kartoffeln und über den Fuchschwanz, über „Schemme“ und Schwert streicht, dann soll er sich halt an der Erinnerung freuen und denken, daß es auch einmal wieder besser wird.

Badens Energiewirtschaft im Jahre 1931

Zunahme der elektrischen Küchen. — Wann kommt die Elektrifizierung der Bahnen?

In einem Rückblick über die badische Wasser- und Energiewirtschaft im Jahre 1931, verfaßt von dem Syndikus der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände (Abteilung Baden), Dr. Schneider in Mannheim, interessiert vor allem die Energiewirtschaft. Es wird dazu ausgeführt, daß die fortschreitende Verschleierung der wirtschaftlichen Lage nicht ohne Einfluß auf die badische Energiewirtschaft geblieben ist. Der Rückgang des Stromabfluges sei aber nicht gleichmäßig. In einzelnen Versorgungsgebieten sei es gelungen, den Ausfall bei der Industrie, beim Handwerk und bei der Landwirtschaft durch erhöhten Stromabfluß in den Haushaltungen zum Teil wieder auszugleichen. Welche Entwicklungsmöglichkeiten hier noch bestünden, zeige Amerika, wo 89 Prozent sämtlicher Haushaltungen elektrifiziert seien. Auch in Baden nehme die Elektrifizierung der Haushaltungen in erfreulicher Weise zu; besonders gelte das für das elektrische Kochen. Zurzeit seien in Baden etwa 3000 elektrische Küchen (Zweiplattenherde, Vollherde und Hauptkochgeräte) im Betrieb. In ganz Deutschland waren es 1930 etwa 45 000 Stück. Heute dürfe hier die Zahl 70 000 bereits erreicht sein. Allgemeine Untersuchungen, in welchen Bevölkerungskreisen das elektrische Kochen Eingang gefunden hat, liegen nicht vor. Ein ländliches Elektrizitätswert hat für sein Versorgungsgebiet jedoch Erhebungen veranstaltet und teilt darüber mit, daß der Anteil der einzelnen Berufsstände am elektrischen Kochen in bezug auf die Ge-

amtzahl der mit Kochstrom versorgten Anlagen betrug: Handwerker 23 Prozent, Landwirte, Gärtner und Vertältige 22 Prozent, Fabrik- und Heimarbeiter 18 Prozent, Lehrer und Angestellte 12 Prozent, Kleingewerbetreibende 11 Prozent, Ortsvorsteher und Haushaltungsschulen 7 Prozent, Akademiker in freien Berufen und höhere Beamte 4 Prozent, Fabrikanten 3 Prozent. Außerdem sind zurzeit in Deutschland etwa 40 000 Heizwasserpeiser vorhanden. Auch in den Gewerbebetrieben nimmt die Verwendung von Elektrowärmegeäten ständig zu.

Der Bericht erörtert dann u. a. auch die Frage der Bahn-Elektrifizierung. Anfang 1931 haben bekanntlich in dieser Frage zwischen der Reichsbahn und der badischen Regierung, sowie dem Badenwert Verhandlungen stattgefunden, die einen günstigen Abschluß erhoffen ließen. Der 13. Juli jedoch, der schwarze Tag in unserer Geldwirtschaft, hat diese Verhandlungen zum Stillstand gebracht. Der Bericht von Dr. Schneider neigt zu der Annahme, daß es in absehbarer Zeit eventuell in Verbindung mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung gelinge, die Frage der Bahn-Elektrifizierung in Baden wieder aufzunehmen und dann zu einem günstigen Ergebnis zu führen. Zusammenfassend sagt der Bericht, daß die Energiewirtschaft in Baden zurzeit einen der wichtigsten und auch einen der wenigen in ihren Grundlagen noch nicht erschütterten Wirtschaftszweige darstellt.

Nachrichten aus dem Lande.

Hk. Bruchhausen, 25. Jan. (Töblicher Unglücksfall.) Dieser Tage wurde der 79-jährige Alois Reuter von hier von einem Auto angefahren und zu Boden geschleudert. Dabei zog er sich so erhebliche Verletzungen an Kopf und Beinen zu, daß er inzwischen verstorben ist. Der Autofahrer war weiter gefahren, ohne sich im geringsten um den Verletzten zu kümmern.

f. Langenbrücken, 25. Jan. (Der Fund in der Sandgrube.) Zum „graugigen Fund“ wird jetzt bekannt, daß die vermeintliche Menschenhand die Tasse eines Leoparden ist, der vor zwei Jahren bei dem hier gastierenden Zirkus Holzmüller einging. Dem Tier wurde damals das Fell abgezogen, während der tote Körper in leichtsinniger Weise verpackt wurde.

(Mannheim, 25. Jan. (Redeverbot für Dr. Wolf-Stuttgart.) Wie die hiesige kommunistische „Arbeiterzeitung“ mitteilt, wurde gegen den kommunistischen Arzt und bekannten Schriftsteller Dr. Friedrich Wolf aus Stuttgart anläßlich einer in Freiburg geplanten Volksversammlung ein Redeverbot ausgesprochen.

— Heidelberg, 23. Jan. (Zum Heidelberger Wohnungsbaustand.) Wie das „Heidelberger Tageblatt“ meldet, wurde der im September 1930 von hier städtisch gegangene Direktor Paul Müller der Wohnungsbaugesellschaft m. b. H. am 15. Januar von den zuständigen Schweizer Gerichtsbehörden wegen leichtsinnigen Bankrotts zu sechs Monaten unbedingtem Gefängnis verurteilt. Sollte Müller sich einmal auf deutsches Gebiet begeben, so würde er dort wegen Untreue gefaßt und abgeurteilt werden. Paul Müller hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

o. Kettigheim, Amt Wiesloch, 25. Jan. (Beim Fußballspiel verunglückt.) Beim Fußballspiel wurde der ledige Schreinergehilfe Engelbert Dum so schwer am Bein verletzt, daß er alsbald in die Heidelberger Klinik verbracht und operiert werden mußte.

Wolsheim bei Adelsheim, 25. Jan. (Vorfall bei Hautverletzungen.) Vor einigen Tagen stürzte der sieben Jahre alte Sohn des Fortwärters Heinrich Schwarz beim Schlittschuhlaufen und zog sich eine kleine Hautverletzung zu. Nach einiger Zeit stellten sich Schwellungen ein, die auf Ueberführung in die Heidelberger Klinik Anlaß gaben. Hier trat der Tod nach 24 Stunden infolge innerer Blutvergiftung ein.

l. Hagelschulden, 25. Jan. (Belohnung für Aufführung eines Brandes.) Wie damals gemeldet wurde, brannte im Oktober v. J. der Südbau der Pfleßen Dampfseilerei bis auf die Umfassungsmauern aus. Da über die Entstehung des Großfeuers bis heute noch nichts bekannt ist, hat die Leitung der Tonwarenfabriken, Gebrüder Bött G. m. b. H. (Bruchsal), durch einen Anschlag am Rathaus

bekannt gegeben, daß derjenige, der in der Lage ist, die Brandursache anzuführen oder zur Aufklärung etwas beizutragen, eine Belohnung von 300 RM. erhält.

Waldbach (Amt Mosbach), 25. Jan. (Scheune und Wohnhaus abgebrannt.) Am Freitag mittag brach im Anwesen des Kaufmanns Karl Kirshenlohr Feuer aus, das sich rasch von der Scheuer auf das Wohnhaus ausbreitete. Die Feuerwehren von Waldbach, Strümpfelbrunn und Diebach waren rasch zur Stelle, bekämpften das Feuer und verhinderten ein Uebergreifen desselben auf die Nachbargehöfte. Scheuer und Wohnhaus des Karl Kirshenlohr, in dem auch eine Spegereihandlung betrieben wurde, sind fast bis zu den Grundmauern vernichtet. Die Ursache des Brandes bedarf noch der Aufklärung.

Baden-Baden, 25. Jan. (In den Aufstand.) Geheimrat Freiherr von Red tritt zum 1. Februar in den Ruhestand. Aus diesem Anlaß fand in der Badenältestenkommission eine schlichte Abschiedsfeier statt. Dabei ergriff Ministerialrat Arnjperger vom Innenministerium das Wort, um namens des Ministers, des Ministerialdirektors und in seinem eigenen Namen dem Scheidenden Dank und Anerkennung für die großen Verdienste auszusprechen, die dieser sich während seiner Amtszeit als Oberamtmann, Polizeidirektor und Vorsitzender der Staatlichen Bäderverwaltung erworben hat. Für die Stadtverwaltung sprach Oberbürgermeister Elfer, für die Verzeihung Medizinalrat Dr. Auerbach.

(—) Neuenburg, 25. Jan. (Aus dem Rhein gerettet.) Der 20 Jahre alte Rheinbauarbeiter Stephan Hüh von Brengarten stürzte von einer Senkbrücke in den offenen Strom und wurde sofort abgetrieben. Es gelang jedoch seinen Arbeitskollegen, ihn etwa 200 Meter unterhalb der Unfallstelle aus dem Wasser zu retten. Die Wiederbelebungsvorkehrungen waren von Erfolg begleitet.

o. Hüringen b. Waldshut, 25. Jan. (Anwesen eingeschert.) In dem Anwesen des Landwirts und Straßenwärters Friedrich Nagel brach Feuer aus, welches das Gebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Das Vieh und einiges Mobiliar konnten in Sicherheit gebracht werden. Der Gebäudeschaden beträgt ungefähr 14 000 RM. Die jährliche Miete mit 8000 Mark versichert.

Amtsamt des Durlacher Bürgermeisters.

B. Durlach, 25. Jan. Mit dem heutigen Tage hat der neuernannte Bürgermeister Herrmann sein Amt angetreten. Am 11 Uhr versammelte sich die städtische Beamtenschaft im Bürgeraal des Rathauses, wo Stadtrat Geyer als bisheriger Stellvertreter des Oberbürgermeisters das neue Stadtoberhaupt begrüßte und den Beamten vorstellte. Der Redner knüpfte daran die Hoffnung, daß es dem neuen Bürgermeister gelingen möge, mit der Beamtenschaft ein ebenso gutes Einvernehmen zu erzielen, wie er selbst es in seiner kurzen Amtszeit als Bürgermeisterstellvertreter habe erleben dürfen. In seiner Erwiderung führte Bürgermeister Herrmann aus, seine erste Amtshandlung bestche darin, sich mit den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt in persönliche Verbindung zu setzen in dem Bestreben, für die künftige Zusammenarbeit eine dauernde und feste Grundlage zu schaffen, die allein die Gewähr biete, daß die Arbeit sich für die Stadt erprießlich gestalten und die strengste Pfllichterfüllung, die er als selbstverständlich voraussetze, dem einzelnen leicht falle. Als solche Grundlage betrachte er das Gefühl der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens. Mehr als je sei dies nötig in der heutigen Zeit schwerster Not, die von jedem einzelnen Einschränkungen, ja Entbehrungen verlange. Er bitte also, die Beamtenschaft möge ihm in seinem neuen Wirkungskreis mit demselben Maß von Vertrauen und ehrlicher Offenheit gegenüberübertragen, wie es ihm zu seiner großen Freude und Genugung in seinem bisherigen Amt beschieden gewesen sei. Nachdem Stadtrat Geyer noch dem Wunsch nach einem erprießlichen und vertrauensvollen Zusammenwirken zwischen Beamtenschaft und Bürger in Ausdruck verliehen hatte, schloß Bürgermeister Herrmann die kurze Veranstaltung, wobei er sich noch die Vorstände der einzelnen städtischen Ämter einzeln vorstellen ließ.

Bad. Landes-Gesellschaftsausstellung.

Mannheim, 25. Jan. Die als Wanderausstellung alljährlich in Baden stattfindende Landesgesellschaftsausstellung fand diesmal in Mannheim statt. Ihr nächstjähriger Ausstellungsort ist Mosbach. Die Krämierung der 750 ausgestellten Tiere erfolgte am Freitag durch Preisrichter aus Baden, Hessen und Würt. Am Samstag wurde die Ausstellung durch den Gausvorsitzenden Nagel-Mannheim eröffnet; Landwirtschaftsrat Veiter vertrat den Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer. Die Ausstellung will einen Ueberblick über die badische Geflügelzucht und den Züchtern und Tierhaltern über die besten Rassen und die praktischste Pflege Anregungen geben. Die 196 Aussteller wurden mit teilweise sehr wertvollen Geldpreisen bedacht. Mit der Ausstellung war eine von heimischen Züchtern verbundene Vögelierschau verbunden.

Bauen in Baden.

Der unvollendete Schurman-Pau.

Heidelberg, 25. Jan. Zwischen Staat und Stadtverwaltung ist eine Einigung über die Unterbringung der Oberrealschule erzielt worden, zu der noch die Genehmigung des Bürgerausschusses eingeholt werden muß. Danach soll die Schule für die nächsten Jahre in die zur Zeit geschlossene Lehrerbildungsanstalt verlegt werden. Man wird also in absehbarer Zeit mit dem Abbruch der alten Häuser und den Arbeiten für den letzten Flügel des Universitätsneubaus beginnen können. Es sollen darin vor allem das Geographische und das Historische Seminar untergebracht werden. Die Kosten des Baues werden durch den noch nicht verbrauchten Rest der Schurman-Stiftung gedeckt. Die Stadt hält daran fest, daß der auf dem Baugelände stehende sogenannte Perzenturm erhalten bleibt. Die Lösung der Bauaufgabe wird dadurch allerdings erschwert.

Die Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen.

Mannheim, 25. Jan. Die Arbeiten am Rheinbrückenbau Mannheim-Ludwigshafen schreiten rüstig vorwärts. Der Eisenbau ist bis auf ein kleines Endstück am Ludwigshafener Ufer fertiggestellt und wird bis Anfang Februar wohl vollendet sein. Auf der Ludwigshafener Seite geht die Erstellung der neuen Bahnrampe ihrer Vollendung schon in wenigen Tagen entgegen, nachdem vor Wochen schon die neue Unterführung an der Heintzstraße vollendet worden war. Am Schillerstraße-Durchgang wird der eiserne Mittelpfeiler, der durch die neue Trägerwand wegfällt, zurzeit beseitigt. In Vorbereitung befindet sich die Erweiterung und Höherlegung der Unterführung im Zuge der Kundenheimerstraße. Die Kampen auf der Mannheimener Seite haben die tünftige Höhe schon erreicht und in großen Zügen bietet sich dem Beschauer schon das künftige Bild.

Sodenheim baut sich seine Rennstrecke.

Sodenheim, 25. Jan. Mit dem Ausbau der projektieren Motorrad-Rennbahn des DMV ist vor wenigen Tagen begonnen worden. Beschäftigt hierbei werden im Rahmen der Notstandsarbeiten 30 Erwerbslose. Es handelt sich zunächst um die Herstellung der Leitstrecke der sogenannten alten Speyerer Straße vom Ortsausgang bis zum Waldbrand, wo dann die ausgebauten Fortsätze beginnt. Da an dieser Fortsätze nur unwesentliche Arbeiten zu verrichten sind, ist damit zu rechnen, daß schon in Wäde ein großer Teil der Rennstrecke befahrbar sein wird.

Sozialdemokratischer Antrag im Landtag.

Die badische Landtagsfraktion der Sozialdemokratie hat einen Antrag im Landtag eingebracht, der im Interesse der Erhaltung des Kleinwohnungs-Neubausbesitzes und einer weiteren Senkung der Neubausmieten beantragt, den Zinsfuß für Baudarlehen aus Mitteln der Gebäudebesondersteuer von 3 auf 1 Prozent herabzusetzen, die Steuerfreiheit und die Steuerfälligkeit der Darlehensschuld bei allen mit öffentlichen Mitteln seit 1924 geförderten Wohnhäusern einheitlich auf 15 Jahre festzusetzen, unverändert in Gefahr geratene Neubausbesitzer, deren Besitz zwangsversteigert werden soll, zur Vermehrung der Zwangsversteigerung und Vermögensverflechtung der Zwangsverwertung mit dem Ziel anzuordnen, dem Besitzer das Eigentum zu erhalten. Weiter wird ab 1. April eine weitere Senkung der Altbaumieten gefordert und die Prüfung, ob die Wohnungsverbände und verbandsfreien Gemeinden zu einer Gefahrgemeinschaft zusammengeschlossen werden können.

Jetzt besonders günstige Preise für feine Winter-Ulster größtenteils Aquastrella-Fabrikate 49.- 69.- 79.- 89.- 98.- Rud. Hugo Dietrich

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 26. Januar 1932.

Freigabe von Unterricht an Fastnacht.

Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die unvermindert bestehende Notlage des deutschen Volkes hat der Minister des Innern...

Dementiprechend bleibt die Unterrichts-freigabe an Fastnacht wiederum auf den Nachmittags des Fastnachtdienstags beschränkt.

Für Mittwoch kann der Unterrichtsbeginn gemäß den kirchlichen Bedürfnissen auf 10 Uhr festgesetzt werden.

Nothilfe-Konzert des „Südfunk“.

Wie in verschiedenen anderen Städten Badens und Württembergs veranstaltet der Süddeutsche Rundfunk auch in Karlsruhe ein großes Konzert zugunsten der Winternothilfe.

„Spiritus“ im Colosseum.

Das oberbayerische Bauerntheater von Josef Meth, das bekanntlich das gegenwärtige Programm im Colosseum betreibt, bildet für alle, die einen gesunden und wachen Volkshumor lieben...

Notverordnung und Jagdpachtverträge.

Vom Allgemeinen Deutschen Jagdsportverein wird mitgeteilt: In Jägerkreisen ist man vielfach der Ansicht, daß Jagdpachtverträge an Hand der letzten Notverordnung gekündigt werden können.

Das außerordentliche Kündigungsrecht von Verträgen, die vor dem 15. Juli 1931 geschlossen sind und über den 31. März hinaus laufen, ist nur für Mietverträge über Gebäude und Gebäudeteile und Pachtverträge über gewerbliche Räume gegeben.

Der Wochenmarkt am Montag war gut besetzt. Vor allem gab es sehr viel Tafeläpfel. Reichlich war auch die Anfuhr an Geflügel, Butter, Eiern und Gemüse.

Die Rathenaufrage kommt vor das Reichsgericht. Wie der „Führer“ meldet, haben die wegen der Vorgänge im Karlsruher Rathaus im Sommer v. A. verurteilten Nationalsozialisten Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Die Volksbühne. Die ursprünglich auf heute angelegte ordentliche Mitgliederversammlung der Volksbühne Karlsruhe e. V. ist auf kommenden Donnerstag den 28. Januar, 20 Uhr, verschoben.

Weitere Erleichterung der kanadischen Einwanderungsbestimmungen. Die kanadische Regierung hat der Hamburg-Amerika-Linie die Erlaubnis erteilt, nicht nur Familien, sondern jetzt auch alleinstehende Landwirte nach Kanada zu befördern.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe.

Todesfälle. Johannes Stübinger, Privatmann Chemann, 55 Jahre alt, Karl Daler, Schlossermeister, Chemann, 55 Jahre alt, Karl Ruf, Schreiner, Bauer, 55 Jahre alt, Maria Herzinger, geb. Steina, 53 Jahre alt, Ehefrau von Leo Herzinger, Fab.-Arbeiter, Karoline Zredet, geb. Köhner, 51 Jahre alt, Ehefrau von Johann Zredet, Oberausgubler, Johanna Schwab, geb. Dirlon, 63 Jahre alt, Ehefrau von Heinrich Schwab, Hof-Führer, Nudi Müller, 2 Mon. 3 Tage alt, Vater Friedrich Müller, Eisenhändler, Marie Geis, geb. Doerner, 74 Jahre alt, Witwe von Michael Geis, Privat, Magdalena Bellein, 74 Jahre alt, Vater Josef Bellein, Bauhandwerker, Johanne Dertb, geb. Eberbrand, 70 Jahre alt, Witwe von Ludwig Dertb, Rektor, Maria Reimann, geb. Richter, 50 Jahre alt, Ehefrau von Johannes Reimann, Kraftwagenführer, Katharina Kette, geb. Ranzh, 70 Jahre alt, Witwe von Reinhard Kette, Reichs-Arbeiter, Jakob Schmid, Chemiker, Chemann, 53 Jahre alt, Walter Schmidmann, Bau-Arbeiter, ledig, 25 Jahre alt.

Geschäftliche Mitteilungen.

In den Räumen der Binnengewerkschaft hatten am 18. Januar die Mitglieder der Bekleidungsvereine ihre Proben für die am Mittwoch den 27. Januar, zur Versteigerung kommenden Weine aufgestellt.

Vorstädtliche Kleinsiedlung.

Von Reichskommissar Dr. Saafen.

I.

Für die Durchführung der vorstädtlichen Kleinsiedlung und die Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose hat die Reichsregierung zunächst für die Zeit vom 1. November 1931 bis 30. April 1932 einen Betrag von monatlich 8 Millionen RM zur Verfügung gestellt.

Bereits die bis jetzt gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß die Durchführung des ersten Bauabschnitts im Wege der sog. „Öffentlichen Plansiedlung“ notwendig ist, um die nicht unbedingten städtebaulichen, baupolizeilichen und sozialpolitischen Bedenken zu zerstreuen, die zunächst fast überall gegenüber der vorstädtlichen Kleinsiedlung bestanden.

Um einen möglichst großen Anreiz zu einer derartigen Streckung der Reichsmittel zu schaffen, werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden die durch Heranziehung derartiger Mittel oder durch Einsparung bei diesen selbst ersparten Reichsmittel zur Finanzierung weiterer Siedlungen belassen.

Von den vorgenannten 16 000 Kleinsiedlerstellen entfallen auf die Großstädte über 500 000 Einwohner und deren nähere Umgebung einsechsen folgende Zahlen:

Berlin 1930, Hamburg-Altona und Harburg-Wilhelmsburg je 920, Köln 480, München 500, Leipzig 450, Dresden 456, Breslau 350, Frankfurt a. M. 380.

Von dem Rest entfallen rund 2000 vorstädtliche Kleinsiedlerstellen auf den Ruhrstahlbezirk und die übrigen auf die bedeutenderen Industriegebiete unter 500 000 Einwohner, sowie auf die sonstigen großen Industriegebiete.

Bei der Anstellung der Richtlinien schien es zunächst möglich und auch zweckmäßig, von besonderen Vorschriften für die bauliche Gestaltung der Siedlungshäuser abzusehen, um den Trägern die

Möglichkeit zu geben, die Pläne den besonderen örtlichen Bedürfnissen anzupassen. Diese Weisheitigkeit der Richtlinien fand i. Zt. allgemeine Zustimmung. Leider stellte sich alsbald heraus, daß ein großer Teil der eingereichten Pläne wenig zweckmäßig war und vielfach trotz der weitestgehenden Primitivität zu ihrer Durchführung den vollen nach den Richtlinien zulässigen Höchstbetrag von 3000 RM. erforderte.

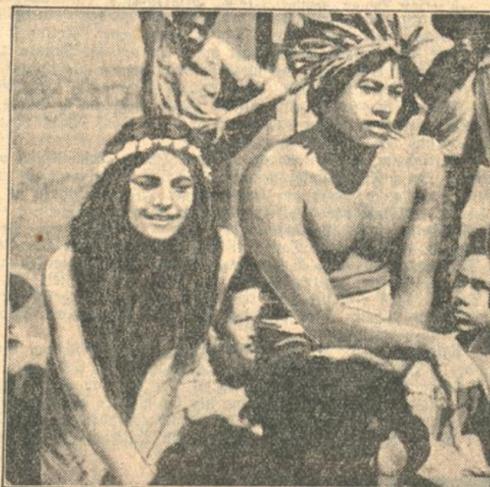
Als Ergebnis darf auf Grund der inzwischen aufgestellten eingehenden Preisberechnungen und z. T. sogar bindenden Preisangebote festgestellt werden, daß heute in ganz Deutschland der Bau und die Einrichtung einer Kleinsiedlerstelle einschließlich des Wertes der Selbst- und Nachbarkasse für 3000 RM. möglich ist.

Die öffentliche Plansiedlung bietet mithin alle Aussicht, zwei wesentliche an sie geknüpfte Hoffnungen zu erfüllen: Einmal die Herausarbeitung einfacher, aber den praktischen Bedürfnissen der Siedler entsprechender Typen für Siedlerheimstätten und daneben die für die Fortführung des Siedlungswerkes dringend notwendige wesentliche Senkung der Baufostpreise.

Es ist zu hoffen, daß, wenn erst die ersten Plansiedlungen, mit deren Errichtung in den nächsten Wochen in ganz Deutschland begonnen werden kann, fertig gestellt sein werden, die Befürchtungen verschwinden, die heute vielfach noch aus Sorge um eine allgütige Primitivität vielerorts bestehen.

Tabu in den Palast-Lichtspielen.

Ein Film von der Südsee, ein Paradies an Schönheit und Ansehnd der Natur. Matahi, der Jüngling, liebt Keri, das Mädchen. Sie spielen im Wasser und kränzen sich mit Blumen.



Die weiße Zivilisation gelte. Hiti entdeckt sie und droht, Matahi zu töten. Da opfert sich Keri und schreibt den Abschiedsbrief, während Matahi nach Keri taucht.

Reichens-Vorstellungen, Waldstraße 30. Heute Dienstag finden die letzten Aufführungen des mit großem Erfolg aufgenommenen Ufa-Zweiventenfilms „Ufa“ statt.

Vorzeigen der Veranstalter.

A Sonaten-Abend Felcher - R. von Teuffel. Einen Sonaten-Abend von bemerkenswerter einheitlicher Prägung veranstalten die beiden sehr geschätzten Karlsruher Künstler, Joseph Felcher und Franz Ritter von Teuffel, am Dienstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im Konzertsaal der Bad. Hochschule für Musik.

Café Debon. Heute Dienstag abend findet eine Aufführung der neuen Bühnenschauspiel des Direktors Otto Vinus-Kan er bei denen Freilich statt.

Kabarett Roland. Heute Dienstag, 4 Uhr, findet Nachmittags-Vorstellung der kleinen Freilich statt, abends 8 Uhr, Stimmungsabende.

Briefkasten.

(Anfragen können nur Berücksichtigung finden, wenn die laufende Abonnements-Liste und die Vorname-Nachnamen beigefügt werden.)

- 588. H. A.: Brieflich beantwortet. 589. M. A. i. D.: Brieflich beantwortet. 590. J. O.: Brieflich beantwortet. 591. Frau G.: Brieflich beantwortet. 592. H. O.: Brieflich beantwortet. 593. H. S.: Brieflich beantwortet. 594. M. S.: Brieflich beantwortet. 595. M. S. i. N.: Brieflich beantwortet. 596. E. W.: Brieflich beantwortet. 597. G. H. i. P.: Brieflich beantwortet. 598. W. S. i. H.: Brieflich beantwortet. 599. M. S. i. P.: Brieflich beantwortet. 600. C. H.: Brieflich beantwortet. 601. E. W.: Brieflich beantwortet. 602. H. S.: Brieflich beantwortet. 603. H. S. i. N.: Brieflich beantwortet. 604. Frau K. G.: Wir können Ihnen leider nicht sagen, ob es möglich ist, daß die Miete auf Bauvermarktung laudet, sondern auf Goldmarkt. Das geht schon daraus hervor, daß die Friedensmiete in 22 Mark betragen hat.

Die Miete auf Bauvermarktung laudet, sondern auf Goldmarkt. Das geht schon daraus hervor, daß die Friedensmiete in 22 Mark betragen hat. Mit dem 20 prozentigen Aufschlag auf 44 Mark und den Zuschlägen für die Einrichtung des elektrischen Lichtes dürfte die derzeitige Miete mit 50 Mark richtig sein.

- 605. A. B.: Der landliche Creditverein ist ebensowenig wie eine andere Bank zur Annahme von Bauaufträgen verpflichtet. 606. Frau G. H.: In Frage kommt eine Lebensversicherung. Die Beiträge für Versicherer im vorgeschriebenen Alter sind aber sehr hoch. 607. A. S. i. N.: Wir empfehlen Ihnen, sich direkt an das Finanzministerium Abteilung Sozialdirektion zu wenden, ferner an die Oberpostdirektion Karlsruhe. 608. J. B.: Brieflich beantwortet. 609. H. A. i. G.: Brieflich beantwortet. 610. E. S. i. N.: Brieflich beantwortet. 611. E. S. i. N.: Brieflich beantwortet. 612. J. P. i. U.: Brieflich beantwortet. 613. E. S. i. N.: Brieflich beantwortet. 614. J. B. i. M.: Brieflich beantwortet. 615. H. S.: Brieflich beantwortet. 616. W. A.: Brieflich beantwortet. 617. G. S.: Brieflich beantwortet. 618. H. S.: Brieflich beantwortet. 619. H. S.: Brieflich beantwortet. 620. S. A. 74: Die Witwe des Verstorbenen hat vorläufig keine Aussicht auf den Nachlass, wenn die Hinterbliebenen in vorgeschriebenem Alter und nicht mehr in der Lage ist, ihren Unterhalt selbst zu bestreiten. 621. H. S.: Brieflich beantwortet. 622. G. S. i. N.: Brieflich beantwortet. 623. H. S. i. P.: Brieflich beantwortet. 624. H. S. i. G.: Brieflich beantwortet. 625. H. S.: Brieflich beantwortet. 626. Frau G. S.: Brieflich beantwortet. 627. H. S. i. N.: Das Gesetz über die freiwillige Arbeitsdienstpflicht ist vom Reichstag verabschiedet. 628. E. D.: Brieflich beantwortet.

Zum Schutz gegen Halsentzündung und Erkältung Panflavin-PASTILLEN

